

Ercheint täglich morgens. Montage und nach Feiertagen als Sonntagsblatt. Preis 15 Pf. pro Woche. Einzelhefte 5 Pf. pro Stück. Abonnementpreis 1,20 Mk. pro Quartal. Geschäftsstelle: Reichsstraße 10, Tel. 1022. Druck: Reichsstraße 10, Tel. 1022.

Oberschlesische

Einzelpreis 70 Pf. Sonntags 100 Pf.

Volksstimme

Organ der Katholischen Volkspartei Oberschlesiens

Nr. 43

Montag, den 13. Februar 1922

48. Jahrgang

Für oder gegen Wirth

In einem Artikel, der das Kesseltreiben der Rechtsparteien gegen den Reichskanzler Dr. Wirth schildert, schreibt das „B. L.“ in Besprechung der Sonntags-Vorgänge im Reichstag: Wie sind die gegenwärtigen Parteiverhältnisse im Reichstag? Die folgende Statistik wird das am besten charakterisieren:

Regierungsparteien: Sozialdemokratie 108 Mandate, Zentrum 72 Mandate, Demokraten 40 Mandate, zusammen 220 Mandate.

Oppositionsparteien: Deutschnationale 71 Mandate, Deutsche Volkspartei 65 Mandate, Unabhängige 61 Mandate, Kommunisten 25 Mandate, zusammen 222 Mandate.

Unsichere Haltung gegenüber der Regierung: Bayerische Volkspartei 20 Mandate, Bayerischer Bauernbund 4 Mandate, Welfen 2 Mandate, zusammen 26 Mandate.

Allerdings darf man bei dieser schematischen Zusammenstellung nicht übersehen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach zum mindesten nicht die unabhängigen Sozialdemokraten bei den Abstimmungen die Votage der Rechtsparteien stützen werden. Die Annahme, daß nur eines Mißtrauensantrags ist unter diesen Umständen nicht wahr-scheinlich. Dagegen ist eine Mehrheit für das Vertrauensvotum der drei Regierungsparteien nicht ohne weiteres vorhanden. Es kann sich da um wenige Stimmen handeln, die den Ausschlag nach der einen oder der anderen Seite geben. Gestern Abend war jedenfalls ein Teil der Bayerischen Volkspartei nicht geneigt, sich dem Vertrauensvotum anzuschließen. Daher hat diese Fraktion auch nicht ihre Unterschrift unter den Antrag gesetzt, obwohl sie in den letzten Wochen, vornehmlich bei dem Steuerkompromiß, stets in einer Front mit den Regierungsparteien gestanden hatte. Diese unsichere Haltung mag vielleicht darauf zurückzuführen sein, daß Dr. Heim, der Führer der Fraktion, nicht anwesend war und so ihre Stellungnahme ausfallig beeinflusst haben könnte.

In den Verhandlungen über das Steuerkompromiß hat, nebenbei bemerkt, gerade Dr. Heim in einer überaus kritischen Stunde einen Ausweg aus dem Durcheinander der wider-sprechenden Meinungen und Wünsche gefunden und so das Kompromiß gewissermaßen auf die Feine gestellt. Auch die Haltung der Unabhängigen ist, obwohl sie selbst ein Mißtrauens-votum gestellt haben, gegenüber dem Vertrauensantrag zur Stunde keineswegs klar. Sie haben bisher noch immer erklärt, daß ihnen ein Kabinett Wirth von allen Koalitions-Verhandlungen das relativ kleinste Übel sei, und sie werden vermutlich, wenn sie klug sind, sich der Stimme enthalten, um nicht selbst die Fackel in den Scheiterhaufen zu werfen, der von den Rechtsparteien Dr. Wirth bereit ist. Fraglich ist es sogar, ob auch die Deutschen Volks-parteilern den Mut aufbringen werden, das Kabinett Wirth tatsächlich zu stützen, indem sie gegen das Vertrauensvotum stimmen.

Fällt aber, wider aller Vorausberechnungen die Entscheidung doch gegen das Kabinett Wirth aus, dann sind die Folgen unabsehbar. Unserer ganzen bisherigen Außenpolitik, die mühsamer Arbeit die Vorbedingungen für eine deutschfreundliche internationale Atmosphäre geschaffen hatte, würde mit einem Schlag der Boden unter den Füßen fortgezogen werden. Eine abermalige Koalitionspolitik der drei Mittelparteien würde nicht mehr in Betracht kommen, da sie sich soeben als unmöglich herausgestellt hätte. Eine Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei würde schon an dem Widerstand der Sozialdemokratie scheitern. Eine Rechtsregierung wäre ein Ding der Unmöglichkeit. Eine Regierung der drei sozialistischen Parteien desgleichen. Es bliebe also in diesem Falle nur noch der Appell an das Volk übrig, um den gordischen Knoten zu durchhauen. Vermutlich würde eine Präsi-dentenkrise dazu kommen und die ganze Situation noch mehr komplizieren, da der Reichspräsident Ebert wahrscheinlich auch dann leinerseits die Forderungen aus dem endgültigen Scheitern einer Koalitionspolitik der Mitte ablehen würde. Die Volksparteiler trifft

Polens Hartnäckigkeit

Stimmungsmache für Polen

Genf, 13. Februar. (Eig. Meld.) Die optimistischen Erwartungen auf schnellen Abschluß der deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf finden in den Tatsachen keine Unterstützung. Soweit aus der polnischen Delegation Mitteilungen durchsickern, sei bei aller versöhnlichen(?) Haltung und bei aller Nachgiebigkeit Polens (?) in zwei Fragen jedes Nachgeben für Polen ausgeschlossen, und zwar in der Liquidationsfrage und in der Frage des Minderheitenschutzes. Erst nach Erledigung dieser zwei Fragen im Sinne Polens könne von einer Entscheidung über Oberschlesien die Rede sein.

Genf, 12. Februar. Reichsminister a. D. Schiffer und Staatssekretär Dewald hatten gestern nachmittag die erste Besprechung mit dem Präsidenten der deutsch-polnischen Konferenz Calonder. Da

allein die Schuld an diesem Wirt-war, der sich jetzt vor uns erschreckend wie ein Gespenst erhebt. Sie haben in einer Stunde, da Verantwortlichkeitsgefühl das höchste Gebot war, weniger aus sachlichen, als aus persönlichen Gründen unverantwortlich leichtfertig gehandelt.

Georg Bernhard sagt in der „Vossischen Zeitung“:

„Jetzt gilt es, öffentlich Farbe zu bekennen. Der Kanzler hat die Konspiratoren aus allen Lagern mit ihren Scharen gezwungen, die offene Feldschlacht anzunehmen. Und die Regierungsparteien haben gestern in später Nachmittagsstunde eine Art von Generalsprobe für den Truppenaufmarsch vorgenommen, als sie beantragten, die Sitzung bis in die nächste Woche zu verlagern, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, alle ihre Mitglieder heranzuziehen. Das Ergebnis dieser Probe war höchst zufriedenstellend. Denn von den Mehrheitssozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen erhob sich alles, was im Hause war, zugunsten der Vertagung. Niemand wollte den Eindruck erwecken, als ob er es auf eine schnelle Ministertätigkeit abgesehen hätte. Für das Vertrauensvotum der Regierungsparteien wird sich am Mittwoch eine Mehrheit ergeben. Sie wird vielleicht sogar größer sein, als man heute rechnerisch anzunehmen geneigt ist. Denn sowohl die Volkspartei als die unabhängige Sozialdemokratie haben bis in die Mitte der nächsten Woche hinein reichlich Zeit, ihre Stellungnahme zu überlegen und die Möglichkeit abzuwägen, die sie auf die doch wahrscheinlich nicht leichte außenpolitische Situation des Reiches nehmen wollen.“

Die „Berliner Morgenpost“ schreibt:

Angeht die Einmütigkeit, mit der im Reichstage — außer von den Linksradikalen — der Beamtenstreik verurteilt wurde, ist es nicht ganz einfach, alle Zusammenhänge zu erkennen und alle persönlichen Intrigen aufzudecken, die für das Kabinett Wirth überaus gefährlich zu einer ersten Gefahr geworden sind. Die Linksradikalen stürmen gegen Wirth an, weil er sich beim Eisenbahnerstreik als Oberbefehlshaber gezeigt haben soll, die Deutschnationalen wiederum werfen ihm schlappe Haltung vor. Und die Deutsche Volkspartei — in jeder Beziehung die würdige Nachfolgerin der alten Nationalliberalen Partei — ist mit Wirth böse, weil er Walter Rathenau zum Außenminister gemacht hat, ohne sie zu fragen. Nebenher fließen allerlei Unterströmungen: die Deutschnationalen schlagen den schlappen Unterhändler beim Beamtensstreik und meinen den Kanzler der Erfüllungspolitik; die Volksparteiler sind bestimmt gegen Rathenau, aber sie haben im Steuerkompromiß ein Paar gefunden, die Kommunisten wollen das Interesse von dem wachsenden Zerfall ihrer Partei ablenken, und die Unabhängigen als Partei ohne eigentliche Sauseinsberechtigung schwanken hilflos hin und her.

Der „Vorwärts“ schreibt:

Rechts und links war man über diese Entwicklung der Dinge ziemlich perplex, und wenn am Mittwoch die Regierung stürzen sollte, so würde so mancher Abgeordneter, der sich durch Untertreibung von Mißbilligungsanträgen festgelegt hat, erschüttert ausrufen: „Aber das war ja nicht die Absicht!“ Die Absicht, die Regierung zu stürzen, ist in Wirklichkeit nur bei den Deutschnationalen und dem Stimmesflügel der Volkspartei sowie vielleicht bei ein paar kommunistischen Schwachköpfen vorhanden, die sich freuen, wenn es drüber und drunter geht. Den anderen kam es aber nur darauf an, der Regierung einen kleinen Denkzettel zu geben, der heftige nicht lebensgefährlich werden sollte.“

Die Deutsche Erfindung in Italien. Die italienische Regierung hat Prof. Röntgen in Berlin gebeten, seine Erfindung der Fernphotographie ohne Draht in Italien einzuführen. Das Marineministerium stellt den „großen deutschen Gelehrten“, als den ihn die italienische Presse begrüßt, alles Notwendige zur Verfügung.

Herr Calonder leicht erkrankt ist, wird die erste Vollziehung erst Dienstag nachmittag stattfinden. Die Unterausschüsse treten bereits am Montag zusammen.

Keine innerpolitische Veränderung am Sonntag

W.B. Berlin, 13. Februar. Den Wählern zufolge hat die durch die Erklärung des Reichskanzlers in der letzten Reichstagsitzung geschaffene Lage im Laufe des Sonntags keine Veränderung erfahren. Es haben gestern nur unverbindliche Besprechungen zwischen einzelnen Parteiführern stattgefunden. Über die Haltung der bayerischen Volkspartei, die bei der Ermöglichung der Stimmenverhältnisse eine wesentliche Rolle spielte, erzählt der „Lokal-Anz.“, daß die Fraktion bisher noch keinen Entschluß gefaßt hat. Sie werde wahrscheinlich die Abstimmung freigegeben.

Genua

W.B. Paris, 13. Febr. Nach dem „Journal des Debats“ soll das englische Ministerium gestern der französischen Regierung die sofortige Einberufung einer internationalen Sachverständigen-Konferenz vorgeschlagen haben, um die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme der Konferenz von Genua einer Vorprüfung zu unterziehen.

Kommissionen in Frankreich

(1) Paris, 12. Febr. Zur Vorbereitung der Konferenz von Genua werden vom Ministerium für auswärtige Angelegenheiten zwei Ausschüsse eingesetzt. Dem einen Ausschuss gehören neben Vertretern des Finanzministeriums und des Handelsministeriums bei der französischen Vertretung des Völkerbundes auch Vertreter der großen wirtschaftlichen und finanziellen Gesellschaften, der Kreditbanken und des Verbandes der Kohlengrubenbesitzer an. Der zweite Ausschuss, der auch in London vorbereitende Besprechungen für die Konferenz begonnen hätten.

Neue Entwarnungsnote an Deutschland

Genf, 13. Februar. (Eigene Meldung.) Der Temps meldet: Die neue Entwarnungs-note an Deutschland verläßt am Montag Paris. Sie weist auf die ersten Folgen hin, falls Deutschland die militärischen Formationen der Sicherheitspolizei bis Ende März im Sinne der von General Nollet mitgeteilten Forderungen nicht abgebaut haben werde.

Die Nachlieferung der Reparationsstoffe

Genf, 13. Februar. (Eigene Meldung.) Der Völkervertrag setzte am Freitag Deutschland eine Frist von 4 Wochen zur Nachlieferung der während des deutschen Eisenbahnerstreiks ausgebliebenen 500 000 Tonnen Kohle.

Nachlieferungen für Belgisch-Kongo?

Brüssel, 11. Februar. (Eigene Meldung.) Die belgische Regierung scheint nunmehr dem Gedanken deutscher Sachleistungen näher treten zu wollen. Nach Erklärung des Kolonialministers wäre die Kolonialverwaltung nicht abgeneigt, zur Durchführung ihres Kongo-Programms deutsche Sachlieferungen zu akzeptieren, jedoch nur unter der Bedingung, daß sie nicht als Vorwand benutzt würden, um deutsche Ingenieure und Techniker am Kongo festzusetzen. Es handle sich dabei um Materiallieferungen in Höhe von 300 Millionen Franken.

Die Krönung Pius XI.

W.B. Rom, 12. Febr. Heute vormittags fand in der St. Peterskirche die feierliche Zeremonie der Krönung Pius XI. statt, an der außer seiner Familie die höchsten Würdenträger beim päpstlichen Stuhl, das beglaubigte diplomatische Korps und nahezu 50 000 andere Personen teilnahmen.

W.B. Rom, 12. Febr. Nach der Krönung erteilte der Papst vom äußeren Altar der Vaskilla der auf dem Platz vor der Kirche harrenden Volksmenge den Segen. Das Volk jubelte ihm zu, während die auf dem Platz aufgestellten Truppen präsentierten.

W.B. Rom, 12. Febr. Der Papst empfing den Kardinal Vertram.

Abordnung der Reparationskommission in Berlin

W.B. Paris, 13. Februar. Nach einer Meldung des Transfuganten ist am Sonnabend eine Delegation der Reparationskommission unter dem Vorsitz des Belgier Demelmans nach Berlin abgereist, um sich mit Rathenau in Verbindung zu setzen. Die Kommission will in den Sachleistungen, die Deutschland über das Wirtschaftsabkommen hinaus zahlen soll, mehr Regelmäßigkeit erzielen.

Verständigungsverhandlung mit den Unabhängigen

München, 13. Februar. (Eigene Meldung.) Die Münchener-Augsburger Abendzeitung meldet aus Berlin, daß in den gestrigen Besprechungen führender Mitglieder der S. P. D. beschlossen worden ist, heute Verständigungsverhandlungen mit den Unabhängigen aufzunehmen, um unter allen Umständen eine parlamentarische Mehrheit für das Kabinett Wirth zustande zu bringen.

Ausperrung in Schweden

Kopenhagen, 13. Februar. Von der angekündigten Ausperrung der Arbeiter, die am 14. Februar abends eintreten sollen, sind ausgenommen die Wassermänner, Elektricitäts- und Gasarbeiter, ferner der Holzindustrieverbande, der Gürtler- und Formverband und die Heizer, welche den Vermittlungsvorschlag angenommen haben. Trotzdem die Ausperrung auch die Kopenhagener Buchdrucker betrifft, sind die Zeitungen davon ausgenommen. Die Zahl der Ausgesperrten beläuft sich auf 170 000, von denen 90 000 bereits arbeitslos sind.

Generalstreik in Rom

Rom, 11. Februar. Die Gewerkschaften haben wegen Nichtbefriedigung der Lohnforderungen der Fabrikarbeiter heute den Generalstreik proklamiert. Es ist zu befürchten, daß sich der Streik auf die ganzen Provinzen ausdehnen wird.

Deutschland

Geheimrat Krebs †. Am 3. Februar ist in Liebstadt der Justizrat Amtsgerichtsrat a. D. Celestin Krebs im Alter von 72 Jahren gestorben. Mit ihm ist einer der sprenglichsten Zentrums-veteranen verstorben, der mehrere Jahrzehnte hindurch dem Wahlkreis Braunschweig-Verden als Abgeordneter der Zentrumspartei im Reichstage und Abgeordnetenhaus vertreten hat.

„Eingestoren.“ Nach einer Meldung der „Montagspost“ ist das Fährschiff „Zwischen Gledar und Warnemünde“, das sich am Sonntagabend noch durch das Treibeis hindurchgearbeitet hatte, gestern nicht mehr durch das Eis durch Warnemünde gekommen. Die D-Flotte nach Hamburg und Berlin mußten daher ohne die skandinavischen Reisenden ab-fahren.

Ausland

Amerikanisch-japanischer Vertrag. Hughes und Baron Shidehara haben den Jap.-Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Japan unterzeichnet.

Trübsal in Kureh. Bei einem Feuergefecht zwischen republikanischen Truppen und Spezial-kriegern in Olanos wurden 4 Konstabler und 1 republikanischer Soldat getötet.

Standrecht in Irland. Die republikanischen Militärbehörden haben über den Bezirk von Crossmolina Provinz Connaught Grafschaft Mayo wegen der vorzunehmenden Gewalttätigkeiten, Verhaftungen usw. das Standrecht verhängt.

Doch englische Neuwahlen? Nach Auffassung un-terrichteter Kreise hat Lloyd George den Gedanken an einen baldigen Appell an das Land keineswegs aufgegeben. Wahrscheinlich wird Lloyd George vorziehen, ein großzügiges Finanzprogramm als zugkräftige Wahlparole zu fordern. Auf diese Weise würde er sich die Unterstützung weitaus mehr Kreise besonders der gesamten Geschäfts-welt sichern. Ein Programm dieser Art würde von keinen der Oppositionsparteien ernstlich bekämpft werden und könnte Lloyd George eine neue Koalition sichern, die ihm die Möglichkeit bietet, weiterhin an der Spitze der Regierung zu verbleiben.

1871